Freiwilligendienste sind ein Lernfeld für eine zukunftsfähige Gesellschaft

Politische Forderungen der katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligendienste

Die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft Freiwilligendienste (Kath. BAG) ist der Zusammenschluss der katholischen Trägerorganisationen, die nationale und internationale Freiwilligendienste durchführen. Zentrale Aufgaben der der Kath. BAG liegen in der politischen Interessensvertretung, der qualitativ guten Gestaltung und in der Weiterentwicklung von nationalen und internationalen Freiwilligendiensten. Die Kath. BAG vertritt 62 Träger mit jährlich 1000 Entsendungen in internationale Dienste und 10.000 Freiwilligen im Inland.
Mit der finanziellen Unterstützung der Förderprogramme des Bundes konnte in den letzten Jahren national (FSJ und BFD) und international (weltwärts und IJFD) die Zahl der Freiwilligen auf insgesamt rd. 100.000 Freiwillige ausgebaut werden. Damit haben Freiwilligendienste für die Gestaltung unserer Gesellschaft einen Stellenwert erreicht wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Insbesondere in den Freiwilligendiensten, wie sie im Raum der Kirchen durchgeführt werden, werden dabei Werte und Lebensentwürfe vermittelt, die für den Zusammenhalt und damit die Zukunft der Gesellschaft unerlässlich sind. Die Brüche und Unebenheiten des Lebens wahr- und anzunehmen, die Einladungen und Chancen, die davon ausgehen, zu spüren und sich davon berühren zu lassen und in dieser paradoxen Erfahrung die Fülle des Lebens zu entdecken, ermöglicht eine ganzheitliche Persönlichkeitsbildung und wirkt integrierend und stärkend in die Gesellschaft hinein.

Die Träger der katholischen Freiwilligendienste in Deutschland fordern deshalb konkret folgende politischen Veränderungen und Verbesserungen ein:

1. **Subsidiaritäts- und Trägerprinzip**

Freiwilligendienste müssen vor dem Hintergrund eines subsidiären Staatsverständnisses vollständig zivilgesellschaftlich verantwortet werden. Deshalb fordern wir folgende konkreten Maßnahmen:

- Stärkung des zivilgesellschaftlichen Trägerprinzips und Wahrung des Subsidiaritätsprinzips durch die vollständige Übertragung der

Organisation und Durchführung der Freiwilligendienste auf zivilgesellschaftliche Träger
- Überprüfung der Rolle von Engagement Global vor dem Primat der Subsidiarität
- Verlässliche Förderung zivilgesellschaftlicher Aufgaben, auch solchen, die Trägerzusammenschlüsse oder Verbünde übernehmen
- Abschaffung der Doppelrolle des Bundesamtes für zivilgesellschaftliche Aufgaben als Zentralstelle und Prüfbehörde
- Gesetzliche Verankerung der Rechte und Pflichten der regionalen Träger des Bundesfreiwilligendienstes und deren Aufnahme als gleichberechtigte Partner, neben dem Bundesamt für zivilgesellschaftliche Aufgaben und den Einsatzstellen

2. Bildung, Partizipation und pädagogische Begleitung

Partizipation ist ein wesentlicher Faktor für das ganzheitliche Bildungsverständnis der katholischen Träger der Freiwilligendienste. Deshalb fordern wir folgende Maßnahmen:

- Stärkung der Partizipationsmöglichkeiten für die einzelnen Freiwilligen und die Einsatzstellen
- Sicherstellung der pädagogischen Begleitung der Freiwilligen, auch außerhalb der Bildungsseminare, für alle Freiwilligendienste, analog zu den bestehenden Qualitätsstandards des Freiwilligen Sozialen Jahres.
- In internationalen Freiwilligendiensten leisten die Partner vor Ort den Großteil der Beiträge zur Begleitung der Freiwilligen. Um deren Partizipation an Freiwilligendiensten zu ermöglichen, bedarf es Begleitmaßnahmen zur Intensivierung des Dialoges zwischen Entsendeorganisationen und internationalen Partnern.
- Die internationalen Partner sind auf Augenhöhe an der Gestaltung und Durchführung der Freiwilligendienste zu beteiligen. Die Beteiligung ist durch die Einführung entsprechender Mindeststandards sicherzustellen

3. Arbeitsmarktneutralität

Die Freiwilligendienste sind eine besondere Form des Engagements und dienen nicht der Kompensation fehlender hauptberuflicher Arbeitskräfte. Deshalb fordern wir folgende Maßnahmen:

- Sicherstellung der Arbeitsmarktneutralität durch einheitliche und regelmäßig überprüfbare Mindeststandards in allen Freiwilligendiensten
- Im internationalen Bereich darf durch „Wirksamkeitsforderungen“ in Förderprogrammen keine Konkurrenz zu lokalen Arbeitskräften begünstigt werden.

4. Langfristige, vereinfachte und zuverlässige Förderverfahren und Bürokratieabbau

Der Verwaltungsaufwand für die verschiedenen Förderverfahren hat im nationalen und internationalen Bereich erheblich zugenommen und bindet in nicht vertretbarer Weise personelle Ressourcen der Träger.
Dem muss entgegengewirkt werden durch folgende Maßnahmen:

- Zuverlässige und langfristig konstante Finanzierung der Freiwilligendienste und der Trägerzusammenschlüsse zur Absicherung der strukturellen Rahmenbedingungen und der Qualitätsentwicklung
- Maximal mögliche Verringerung des administrativen Aufwandes, damit die Träger personellen Ressourcen wieder in Qualität investieren können.
- Deutliche Vereinfachung des Antrags- und Nachweisverfahren, sowie eine bessere Anpassung an die wirtschaftlichen und strukturellen Gegebenheiten der Träger

5. Incoming

Freiwilligendienste sind ein Beitrag zum wechselseitigen und globalen Lernen und zu globalen Gestaltung der Zukunft. Freiwilligendienste können keine Einbahnstraße sein. Freiwillige aus dem Ausland müssen leichter einen Dienst in Deutschland leisten können.
Deshalb fordern wir:

- Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Einsatz von ausländischen Freiwilligen in Deutschland, ohne nachteilige Auswirkungen auf die Förderung bestehenden nationaler oder internationaler Dienstformen.

6. Gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit und Werbung für alle Freiwilligendienste

- Gleichberechtigte und gleichwertige Öffentlichkeitsarbeit und Werbung des Bundesministeriums für Familie, Senioren Frauen und Jugend für alle Freiwilligendienste und nicht nur für den Bundesfreiwilligendienst.
- Im internationalen Bereich sollen die Träger unmittelbar unterstützt werden, trägerübergreifende Öffentlichkeitsarbeit zu verantworten und zu leisten.

7. Anpassung der Anzahl der Bildungszentren des Bundes

Mit dem Bildungsgutscheinverfahren für den Zuschuss zur Bildungsarbeit des BFD sind die Träger aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen, die Seminarwoche für politische Bildung über ein Bildungszentrum des Bundes abzuwickeln.

- Abschaffung des Gutscheinsystems, mit dem zivilgesellschaftliche Träger gezwungen werden, die Freiwilligen das Seminar für politische Bildung in einem Bildungszentrum des Bundes zu absolvieren zu lassen.
- Reduzierung der Anzahl der Bildungszentren auf ein notwendiges Minimum.

8. Förderung der Rückkehrerarbeit der zivilgesellschaftlichen Akteure

Freiwillige, die aus internationalen Diensten zurückkehren, haben ein hohes Potenzial für die Entwicklung der eigenen Gesellschaft

- Förderung der Träger, ausreichende Strukturen für Rückkehrerarbeit zu entwickeln
- Förderung von Maßnahmen der Rückkehrerarbeit

Lisi Maier

Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)
Bundesvorsitzende
Tel.: 030 288789 - 51
Fax: 030 288789 - 55
Mail: maier@bdkj.de

Hans Nirschl

Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH) e. V.
Stellvertretender Geschäftsführer
Tel.: 0221 8896 - 202
Fax: 0221 8896 - 100
Mail: hans.nirschl@ageh.org